

Integration braucht Jahre

Bundeskanzlerin nimmt sich viel Zeit für Preisverleihung

Von Johannes Bonnekoh und
Thomas Bender

ALTENA ■ Witzig, charmant und sehr spontan – so erlebten 30 Altenaer gestern Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie zeichnete am Vormittag die Stadt Altena mit dem Nationalen Integrationspreis aus. Neben den Altenaern waren auch Vertreter anderer, für den Preis vorgeschlagenen, Initiativen eingeladen.

„Ich glaube, dass hier auch viele andere stehen könnten“, sagte Hollstein dementsprechend. Altena sei stellvertretend für viele andere geehrt worden, die ebenfalls hervorragende Integrationsarbeit leisten würden. Frank J. Weise, der Vorsitzende der Jury, lobte Altenas pragmatischen Ansatz: Was hier zur Integration der Flüchtlinge geleistet werde, sei „nicht mal besonders innovativ, sondern ganz einfach gute Arbeit“.

Kümmerer, Gewöhnung an den Arbeitsmarkt, Sprachkurse, Wohnungen: Was die Burgstadt wie macht, das zeigte vor der Preisverleihung ein vierminütiger Trailer. „Diese Bilder haben für sich gesprochen“ – mit diesen Worten leitete die Kanzlerin ihre Laudatio ein. Vier Punkte stellte sie als besonders vorbildlich heraus: Die Kümmerer, die enge Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen und die Tatsache, dass die Flüchtlinge sofort Sprachunterricht bekommen, wenn sie nach Altena kommen. Als vierten Punkt nannte sie die dezentrale Unterbringung und erntete bei den Altenaern einen Lacher, als sie fragte, ob es dafür überhaupt genug Wohnungen gebe.

Der, der in erster Linie für die Unterbringung zuständig

ist, war mit nach Berlin gekommen: Joachim Effertz von der Baugesellschaft gehörte ebenso zur Delegation wie Vertreter aller Ratsfraktionen und des Stellwerks. Mit dabei waren auch Abordnungen der Hilfsorganisationen, die im Herbst 2015 die Aufnahme von 100 zusätzlichen Flüchtlingen vorbereitet hatten. Zu ihnen gehörte Alexander Grass von der Feuerwehr, der in Berlin seinen Geburtstag feierte.

Mit einem Kompliment an die Kanzlerin begann Hollstein seine Dankesworte: Er habe höchsten Respekt davor, dass Merkel sich in ihrer Haltung nicht habe beirren lassen. Diese Gradlinigkeit habe bewirkt, dass den Initiativen vor Ort der Rücken freigehalten worden sei. „Das war wichtig für uns“.

„Auf den Menschen in menschlicher Form einlassen“ – das sei von Anfang an

sein Ansinnen gewesen, sagte Hollstein. Er freue sich, dass ihn darin viele Altenaer bestärkt und unterstützt hätten, auch die Geschlossenheit der Politik sei hilfreich gewesen. „Unsere Zukunft ist bunt“, war der Bürgermeister sich sicher und betonte, dass Integration in kleineren Gemeinden wegen der dort üblichen guten Vernetzung einfacher sei. Trotzdem müsse man sich darüber im Klaren sein, dass sie keine Frage von Monaten, sondern von Jahren sei.

Was auch immer in dem Umschlag war, den Merkel überreichte – Bargeld war es nicht und auch kein Scheck. Trotzdem ist der Preis mit 10000 Euro dotiert. „Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie das Geld sinnvoll und gut anlegen werden“, sagte die Kanzlerin dem Bürgermeister.

18.05.2017

Altenaer Kreisblatt

Altena Beispiel für gelungene Integration

Merkel zeichnet Stadt im Kanzleramt aus

Berlin/Altena. Die Stadt Altena hat den ersten Nationalen Integrationspreis der Bundesregierung erhalten. Integration gelinge dort am besten, wo Menschen sich aufeinander einließen, sagte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) bei der Preisübergabe im Kanzleramt. Die Ehrenamtlichen der zahlreichen Integrations-Initiativen erwiesen Deutschland einen besonderen Dienst. Der mit 10 000 Euro dotierte Preis solle das vorbildliche Engagement in aller Öffentlichkeit würdigen. Die Stadt Altena mit gut 17 000 Einwohnern bündele in enger Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen wirksame Instrumente zur Integration, hieß es in der Begründung der Jury.

18.05.2017

WP WESTFALENPOST
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

Viel mehr Gemeinschaft

Die Flüchtlingsarbeit in Altena gilt als vorbildlich. Dafür wurde der Stadt von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin der Integrationspreis verliehen

Von Christian Latz

Altena/Berlin. Mit der Aussprache des Stadtnamens war sich Angela Merkel (CDU) dann doch nicht ganz sicher. „Da wo ich herkomme, könnte es auch Alteena heißen“, sagte die Bundeskanzlerin. Ansonsten ließ sie keine Zweifel aufkommen, erst recht nicht an der Entscheidung einer Jury, der Stadt Altena den Nationalen Integrationspreis zu verleihen.

Zu diesem Anlass hatte Merkel am Mittwoch ins Kanzleramt geladen. Gekommen waren Vertreter von elf nominierten Integrationsprojekten, darunter eine 30-köpfige Reisegruppe aus dem Märkischen Sauerland. Gemeinsam sorgten sie für großen Applaus, als Altenas Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) die Ehrung der Kanzlerin entgegen nahm.

Zuvor hatte Merkel in ihrer Ansprache die Flüchtlingsarbeit in Altena gelobt: „Integration gelingt da am besten, wo sich Menschen aufeinander einlassen“, sagte sie. Dies habe in Altena hervorragend funktioniert. Der Stadt gelinge es vorbildlich, Integration in die Tat umzusetzen, so die Kanzlerin.

„Sie erweisen dem Land einen besonderen Dienst.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel über ehrenamtliche Flüchtlingshelfer

In der Kleinstadt im Märkischen Kreis sinkt seit Jahrzehnten die Zahl der Einwohner. Lebten 1969 noch 32 000 Menschen in Altena, sind es heute noch gut 17 000. Entsprechend hoch sind Leerstand und Fachkräftemangel. Die Flüchtlinge versteht die Stadt daher als Chance. Im September 2015 bot Bürgermeister Hollstein an, 100 zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, die gute Aussichten hatten, in Deutschland bleiben zu dürfen – Wohnraum war ja vorhanden.

50 ehrenamtliche „Kümmerer“

Seither arbeiten Haupt- und Ehrenamtler eng zusammen, um den 450 Flüchtlingen bei der Integration zu helfen. 50 ehrenamtliche „Kümmerer“ betreuen die Familien nach dem Motto: „Vom Flüchtling zum Altenaer Mitbürger“. Ein besonderer Dank Merkels galt daher all den ehrenamtlichen Helfern. „Sie erweisen unserem Land einen ganz besonderen Dienst.“

Gekürt hat den Gewinner des ersten Nationalen Integrationspreises eine fünfköpfige Jury unter Leitung von Frank-Jürgen Weise, Ex-Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Der Schauspieler Elias M'Barek saß ebenfalls im Auswahlkomitee – und wurde am Rande der Verleihung bei den Integrationshelfern zum beliebten Selfie-Partner.

Die Ehrung ist verbunden mit

einem Preisgeld von 10 000 Euro, die Merkel bei den Altenaern in guten Händen sieht. „Ich habe keine Zweifel, dass sie das Geld gut einsetzen werden.“

Bürgermeister Hollstein dankte Merkel für die Auszeichnung. Für die Stadt sei der Preis eine große Ehre. „Das zeigt, dass wir viel richtig gemacht haben.“ Zu Ende sei der eingeschlagene Weg noch nicht, betonte das Stadtoberhaupt. „Wer Integration in Monaten misst, der macht einen Fehler. Das wird sicherlich mehrere Jahre dauern.“ Davor ist er jedoch nicht bange. „Ich glaube, wir kriegen Deutschland in eine gute Zukunft geführt – und die ist bunt.“

Die Stadt wächst zusammen

Daran glauben auch die mitgereisten ehrenamtlichen Helferinnen Marion Van den Boogaard und Dorothee Isenbeck, die sich im Projekt „Stellwerk“ um Sprachkurse und Sozialberatung kümmern. Der Preis ist für sie eine schöne Anerkennung. Noch größer sei die Freude darüber, was sich in Altena entwickelt hat. „Wir sind zusammengewachsen in der Stadt“, sagt Isenbeck. Und Van den Boogaard ergänzt: „Es gibt jetzt viel mehr Gemeinschaft.“ Letztere wünscht sich deshalb noch mehr Flüchtlinge in Altena. Auch weil es mittlerweile fast zu wenig Arbeit geworden sei. „Es wäre schön, wenn noch neue Flüchtlinge zu uns kämen. Wir sind jedenfalls vorbereitet.“

Prominente Jury kürt den Preisträger

■ In der „Meseberger Erklärung“ zur Flüchtlingspolitik rief die Bundesregierung im Mai 2016 den Nationalen Integrationspreis aus. Danach bat die Kanzlerin 33 Institutionen aus Gesellschaft, Kirche und Wirtschaft, je einen Preisträger zu nominieren.

■ Den Sieger kürt die Jury um den Schauspieler Elias M'Barek, den Diplom-Psychologen und Autor Ahmad Mansour, die Integrationsforscherin Naika Foroutan, Politikerin Petra Roth und den ehemaligen BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise.

„Diese Menschen sind mir wichtig“

Humam Algburi ist dankbar für die Hilfe

Von Carsten Menzel

Altena. Er hat eine Odyssee hinter sich: Humam Algburi ist aus dem Irak vor Krieg und Verfolgung geflüchtet. Vor eineinhalb Jahren. Aus dem Irak in die Türkei, von dort mit einem kleinen Boot übers Meer nach Griechenland. Drei Stunden auf hoher See. Mit 45 anderen. Erwachsenen und Kindern. „Die Kinder haben geweint vor Angst.“ Humam denkt nur ungern daran zurück und stockt beim Sprechen; auch er hatte Angst vor dem Kentern. Von Griechenland aus ging es weiter, quer durch Europa. Bis nach Deutschland. Über München und Unna wird er Altena zugewiesen.

„Ich bin endlich frei und kann ohne Bedrohung leben“, sagt der 25-Jährige, der Moslem ist. „Religion ist aber nicht so wichtig. Das Zusammenleben der Menschen ist wichtiger“, schickt er sogleich hinterher. Algburi lebt in einem zur Flüchtlingsunterkunft umgenutzten Mehrfamilienhaus, teilt sich die Wohnung mit zwei Geflüchteten. Vormittags besucht er einen Integrations- und Sprachkurs.

Zur Oma ernannt

„Wenn ich eine Frage habe, dann weiß ich, wen ich anrufen und ansprechen kann“, sagt Humam Algburi über die Begleitung der Geflüchteten in Altena. „Diese Menschen sind sehr wichtig für mich.“ Eine schöne Bestätigung für Karin Hölper. Die 71-Jährige kümmert sich, zusammen mit anderen Ehrenamtlichen, um den jungen Mann. „Sie ist jetzt meine Oma!“, sagt Humam. Und strahlt. Sein Ziel: „Ich will in Deutschland leben und arbeiten.“ Wer ihn hört, glaubt es sofort.

18.05.2017

 Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

Preisübergabe ist Balsam für die Seele

30 Rathausmitarbeiter verfolgen Livestream

Von Ina Hornemann

ALTENA ■ Nicht nur den Kümmerern im Ehrenamt und der Bürgerschaft ist der erste Integrationspreis der Bundeskanzlerin gewidmet, sondern auch den hauptamtlichen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die sich in allen Abteilungen um Flüchtlingsbelange kümmern. Fürs Team und auch die Öffentlichkeit fand gestern eine Übertragung der Preisverleihung in den Ratssaal statt. Angela Merkels Worte taten auch der Rathaus-Gemeinschaft gut.

„Wir schaffen das!“, sagte die Kanzlerin beim Eintreffen des ersten großen Flüchtlingsstroms. Ja, Altena hat viel geschafft und es war gestern auch Balsam für die Seele der Rathausangestellten, zu hören, dass ihr Engagement von der Kanzlerin wahrgenommen und gewürdigt wird.

Sehr entspannt und gut gelaunt verfolgten 30 Mitarbeiter aus allen Fachbereichen die Preisverleihung über den Beamer im Ratssaal bei Kaf-

fee, Gebäck und Kaltgetränken. Ein Lachen ging durch den Saal, als die Kanzlerin sich bei der Aussprache des Ortsnamens Altena (Alteee-naaa?) korrigierte. Die sichtliche Rührung des Bürgermeisters Dr. Andreas Hollstein während Angela Merkels Laudatio ließ auch seine Arbeitskollegen für einen Moment verstummen. Ansonsten lachten sie viel in Anbetracht der zahlreichen bekannten Gesichter aus Altena, die die Kamera einfing.

„Er glänzt ein bisschen“, wurde schmunzelnd kommentiert, als Dr. Andreas Hollstein zu seiner kurzen Ansprache das Mikrofon an sich nahm. Generell empfanden die Zuschauer im Rathaus den Rahmen der Integrationspreisverleihung als schön und angemessen. „Für die Stadt ist das super“, freuten sie sich mit der Altenaer Delegation über den gelungenen Empfang im Kanzleramt. „Und auch für die vielen kleinen anderen Kommunen, die Herzblut in die Integration von Flüchtlingen stecken!“

18.05.2017

Altenaer Kreisblatt

Der Pressespiegel erscheint werktäglich
 Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.
 Eine Wertung durch den Märkischen Kreis ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden regelmäßig ausgewertet:

Zeitungen:
 Allgemeiner Anzeiger
 Altenaer Kreisblatt
 Iserlohner Kreisanzeiger
 Lüdenscheider Nachrichten
 Meinerzhagener Zeitung
 Süderländer Tagesblatt
 Süderländer Volksfreund

Westfalenpost Hagen
 Westfalenpost Menden

Heute ist Stöbertag

HERSCHEID ■ Die Spannung steigt bei Herscheids Drittklässlern: 54 Mädchen und Jungen beteiligen sich am heutigen Donnerstag am Stöbertag. Zum 19. Mal können Kinder in Herscheid in die Arbeitswelt der Erwachsenen hineinschnuppern – eine tolle Aktion, die die Gemeinde mit der Unterstützung vieler Helfer auf die Beine gestellt hat. Gegen 9.15 Uhr beginnt dieser aufregende Tag im Jugendzentrum, wo die Kinder von Bürgermeister Uwe Schmalenbach begrüßt werden. Anschließend werden sie eingeteilt: Die Vormittagsschicht dauert von 10.00 bis 12.00 Uhr, ehe die Mittagspause im Jugendzentrum verbracht wird. Die zweite Stöberstelle erleben die Kinder in der Zeit von 14.00 bis 16.00 Uhr. Zu erkennen sind die Stöberer an ihren markanten gelben Mützen, die heute in vielen Betrieben, Geschäften, Einrichtungen und Praxen zu sehen sein werden.

18.05.2017
Lüdenscheider Nachrichten

Wahlergebnis korrekt

MÄRKISCHER KREIS ■ Der Wahlausschuss des Kreises hatte gestern mit der Feststellung des Landtagswahlergebnisses eine leichte Aufgabe. Bis auf ein paar wenige, aber nicht entscheidende Additionsfehler in zwei Wahlkreisen um drei, vier Stimmen (im Südkreis gab es nichts zu korrigieren), bleibt es bei dem am Sonntagabend festgestellten Resultat.

Danach gewann Thorsten Schick (CDU) den Wahlkreis 121 (Altena, Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde und Werdohl) mit 23 417 Stimmen vor Michael Scheffler (SPD) mit 20 726.

Im Wahlkreis 122 (Balve, Hemer, Menden, Neuenrade und Plettenberg) siegte Marco Voge mit 27 139 Stimmen. Inge Blask (SPD) erhielt 20 529 Stimmen.

Das einzige Direktmandat für die SPD im Märkischen Kreis holte Gordan Dudas. Der Landtagsabgeordnete erhielt im Wahlkreis 123 (Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen und Schalksmühle) 24 055 Stimmen, 1329 mehr als Ralf Schwarzkopf von der CDU. Die Zahl der Erststimmen lag dort bei 62 298. ■ **be**

18.05.2017
Lüdenscheider Nachrichten

Zusatzstress durch Trojaner

Citkomm zieht eine positive Wahlbilanz

Hemer. Die Landtagswahl ist beim kommunalen IT-Dienstleister Citkomm technisch problemlos verlaufen. Das Hemeraner Systemhaus betreute die Wahlverfahren in den Kreisen Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Soest, Rheinisch-Bergischer Kreis, Teilen des Kreises Unna sowie in den Städten Euskirchen und Schleiden. „Die letzten Wochen und Monate haben die Mitarbeiter sehr viel Zeit und Energie in die technische Wahlvorbereitung gesteckt. Das zeigte sich insbesondere am Wahlvorabend. Am Samstag kamen schnell zunehmende Zahlen an Meldungen zu dem weltweit grassierenden Trojaner – „WannaCry“. Bis in die späte Nacht arbeiteten unsere ITler um potenziellen Angriffen vorzubeugen. Dies hat sich bezahlt gemacht,“ so Dr. Michael Neubauer, Geschäftsführer der Citkomm.

Vor der Wahl war es zu Unregelmäßigkeiten beim Versand von Wahlbenachrichtigungen gekommen. Ursache hierfür war ein Update des verantwortlichen Softwareherstellers. Der Citkomm war der Fehler im Programm aufgefallen und sie hatte ihn gleich gemeldet. Innerhalb von 24 Stunden konnte dieser durch den Hersteller behoben werden. Die Auswirkungen seien so eher gering gewesen.

18.05.2017
Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung

Leichte Verbesserung

Mehr Menschen mit Behinderung haben Arbeit

MÄRKISCHER KREIS ■ Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderung ist in Westfalen im April leicht gesunken. Das zeigt der jüngste Bericht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Danach waren Ende April 21 890 Menschen mit Behinderung in Westfalen-Lippe ohne Arbeit (13 328 Männer und 8 562 Frauen). Das sind sieben weniger als im März. Gegenüber dem Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung um 120 zurückgegangen.

„Während die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen bundesweit im April leicht gestiegen ist, ist sie in Westfalen-Lippe erfreulicherweise ein wenig gesunken. Obwohl in Westfalen-Lippe rund zehn Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung lebt, weist die Region mit gut 13 Prozent aller in Deutschland arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten Menschen aber eine überdurchschnittliche Quote auf“, so LWL-Sozialdezernent Matthias Münning.

„Vor diesem Hintergrund benötigen wir beim Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen weiter einen langen Atem. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Leistungen der Arbeitsverwaltung und des LWL-Integrationsamtes Westfalen für die Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen Schritt für Schritt weiter wirken“, so Münning weiter.

18.05.2017
Lüdenscheider Nachrichten

Stadt will „Gute Schulen“ durch Breitbandausbau

Mit Förderprogramm sollen Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit/s erreicht werden

Von Frank Zacharias

MEINERZHAGEN ■ Die Meinerzhagener Schüler sollen schneller ins Netz. Und der Grundstein dafür soll am kommenden Montag, 22. Mai, im Haupt- und Finanzausschuss gelegt werden (17 Uhr, Ratssaal). Thema wird dann unter anderem das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ sein, das die Landesregierung und die NRW-Bank im vergangenen Jahr aufgelegt haben.

Wie berichtet, hatte die mittlerweile abgewählte rot-grüne Landesregierung gemeinsam mit der Bank ein Modell erarbeitet, das den Kommunen einen Kredit gewährt, der sie nichts kostet. Demnach nutzt die Bank die historische Nullzinsphase, um keine Zinsen berechnen zu müs-

sen, die Landesregierung wiederum will darüber hinaus aus dem Landesetat die zu zahlenden Tilgungsleistungen übernehmen und den Kredit über 20 Jahre abzahlen. Für die Städte und Gemeinden heißt das: Sie können das Geld zins- und tilgungsfrei erhalten.

Einzige Voraussetzung ist die Verwendung für die Instandsetzung der Schulen. Und in diesem Punkt will die Stadtverwaltung nun, gemeinsam mit der Kommunalpolitik, Fakten schaffen. Die insgesamt avisierten 629 272 Euro sollen bis ins Jahr 2020 zu allererst für den Breitbandausbau der Schulen in städtischer Trägerschaft, aber auch für das Evangelische Gymnasium genutzt werden. Wie es in der Vorlage für die

Ausschusssitzung am kommenden Montag heißt, weist insbesondere das Schulzentrum Rothenstein viel zu geringe Übertragungsraten auf, um der fortschreitenden Modernisierung der Sekundarschule zu entsprechen. Whiteboards, Laptops, Tablets: Die Schüler von heute benötigen im Schulalltag immer häufiger schnelle Übertragungsraten, so dass Werte von „weit unter 50 Mbit pro Sekunde“ nicht mehr zeitgemäß sind. Benötigt würden Raten von bis zu 100 Mbit/s.

Wie genau diese Internet-Geschwindigkeit erreicht werden soll, muss aber zunächst geprüft werden. Für 9600 Euro soll daher die Telekommunikations-Gesellschaft (TKG) Südwestfalen ein Konzept erstellen, das zum

Abrufen der Mittel zwingend erforderlich sei. Von der bereits erfolgten Erhebung für Privathaushalte der TKG in Meinerzhagen (die MZ berichtete) könne die Stadt dabei profitieren. Auch diese Beratungsleistung wurde bereits vom Bund in Höhe von 50 000 Euro gefördert. Die Analyse für die Schulen könne von diesem Geld mitfinanziert werden, wie es in der Verwaltungsvorlage heißt. Lediglich der Durchführungszeitraum der Privathaushalt-Erhebung müsse dafür per Antrag verlängert werden. Dieser liegt nun einem Büro in Berlin vor.

Landesweit sollen den Kommunen über das Programm „Gute Schule 2020“ zwei Milliarden Euro zins- und tilgungsfrei zugute kommen.

18.05.2017

Meinerzhagener Zeitung

„Die Zahlen sind erschreckend“

Drobs stellt Jahresbericht 2016 vor

Von Olaf Moos

LÜDENSCHIED ■ Die Arbeit der Anonymen Drogenberatung Märkischer Kreis (Drobs) ist stetem Wandel unterworfen. Die Schwerpunkte im Bemühen gegen den Missbrauch von illegalen Rauschgiften und Alkohol haben sich auch in den zurückliegenden zehn Jahren weiter verschoben. Das geht aus dem Jahresbericht 2016 hervor, den Drobs-Geschäftsführer Stefan Tertel und sein Team der Beratungsstelle an der Körnerstraße jetzt vorstellten.

Auffällig ist nach den statis-

tischen Erhebungen die Tatsache, dass 2006 noch 61 Prozent der Klienten, die Hilfe bei der Drobs gesucht haben, heroinabhängig waren. Im vergangenen Jahr betrug deren Anteil „nur noch“ 42,4 Prozent. Bei den Menschen, die Cannabis-Produkte konsumieren, zeichnet sich ein entgegengesetzter Trend ab: 13 Prozent der Ratsuchenden waren es vor zehn Jahren, 30,7 Prozent waren es 2016. In zehn Jahren hat sich die Zahl der Klienten in der Kreisstadt von 290 auf 341 erhöht.

Dazu sagt Stefan Tertel: „Eigentlich müssten die Zahlen

sinken, nicht nur wegen unserer guten Beratungsarbeit – doch sie sind insgesamt erschreckend.“ Der heimische Markt werde derzeit mit illegalen Drogen „überschwemmt“. Die Einrichtung dringend notwendiger Konsumräume für Süchtige scheitere an allzu hohen politischen Hürden.

Das Problem fehlender Substitutionsplätze – also Arztpraxen, in denen die Ersatzdroge Methadon verabreicht wird – wachse weiter. Denn der einzige niedergelassene Arzt, der in Lüdenscheid substituiert, geht in diesem Jahr in den Ruhestand.

Nach Beobachtungen der Drogenberater ist die Klientel, die sie betreuen, im Durchschnitt jünger geworden. Zudem steige die Zahl derjenigen, die „riskant konsumieren“, weiter an. Dazu,

so Tertel, trage auch die Tatsache bei, dass sich viele junge Leute mit Hartz-IV-Bezug in der Gesellschaft verstärkt chancenlos und abgehängt fühlen.

In ihrer Arbeit setzen die Berater einerseits auf ein wachsendes Kooperationsnetz aus Fachleuten. So schicke auch die Klinik Spielwige inzwischen vermehrt Klienten in die Therapiegruppen der Drobs. Andererseits spielt das Thema Prävention eine zunehmend wichtige Rolle – etwa durch Veranstaltungen in Kitas, Schulen oder Jugendzentren.

Eine Lücke sieht Stefan Tertel im Kampf gegen „Internet- und Medienabhängigkeit“. Der Geschäftsführer appelliert: „Junge Leute brauchen mehr Medienkompetenz!“

18.05.2017

Lüdenscheider Nachrichten

Gewerbegebiet: Mehrere Optionen

Gemeinde prüft weiterhin auf Machbarkeit

SCHALKSMÜHLE ■ Bei der Suche nach geeigneten Flächen für ein mögliches neues interkommunales Gewerbegebiet der Kommunen Schalksmühle, Halver, Lüdenscheid und Nachrodt-Wiblingwerde im Bereich der A45-Anschlussstelle Lüdenscheid-Nord werden weiterhin mehrere Optionen geprüft. Dies sagte Ralf Bechtel, Fachbereichsleiter technisches Bauamt der Schalksmühler Gemeindeverwaltung, auf Anfrage unserer Zeitung, nachdem Vorsitzender Roger Kämper auf der Jahreshauptversammlung der Siedlergemeinschaft Altdorf Heedfeld von einem möglichen Gebiet „Rodelwiese/Radarturm“ gesprochen hatte.

„Sicherlich befinden sich auch im Gebiet rund um den Radarturm Suchräume, die Rodelwiese ist aber keine Option“, sagte Bechtel. Das Gelände dort sei wegen seiner Steilheit zwar bestens für Schlittenfahrten, aber nicht für die Ansiedlung von Gewerbe geeignet. „Unternehmen möchten sich heute eigentlich ausschließlich auf Flächen ansiedeln, die möglichst eben sind“, sagte Bechtel.

Derzeit würden im sogenannten Suchraum, der das gesamte Höhengebiet der Gemeinde umfasst, mehrere Bereiche, die diese Anforderung erfüllen, überprüft. „Neben

der Topografie sind ja auch zahlreiche weitere Aspekte wie Natur- und Artenschutz oder Abstandsregelungen zu beachten“, sagte Bechtel, der sich deshalb vorerst weiterhin nicht zu möglicherweise infrage kommenden Flächen äußern möchte: „Wir gehen erst mit einem oder mehreren Vorschlägen an die Öffentlichkeit, wenn wir uns halbwegs sicher sein können, dass in diesem Bereich die Ausweisung eines Gewerbegebietes überhaupt eine Chance hätte.“

Derzeit seien aber weiterhin alle vier Kommunen daran interessiert, das Projekt gemeinsam zu realisieren. Schalksmühle treibt die Planungen federführend voran, weil derzeit im Gemeindegebiet praktisch keine freien und bebaubaren Gewerbeflächen verfügbar sind.

Hoffnungen bei der Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes setzt Bechtel auf die künftig CDU-geführte Landesregierung in Düsseldorf. „Mit der neuen Regierung könnte es zu Korrekturen im Landesentwicklungsplan kommen. Diese würden wohl fast allen Kommunen in Südwestfalen den Weg zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete etwas erleichtern. Bei den aktuell geltenden Regelungen sind die Hürden leider sehr hoch“, sagte Bechtel abschließend. ■ **wm**

18.05.2017
Allgemeiner Anzeiger